

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 99 — 2595

[S - C - 99/33035]

22 FEBRUARI 1999. — Decreet houdende instemming met de Euro-Mediterrane Overeenkomst waarbij een Associatie tot stand wordt gebracht tussen de Europese Gemeenschappen en hun Lidstaten enerzijds en het Hasjemitisch Koninkrijk Jordanië anderzijds, de bijlagen I, II, III, IV, V, VI en VII, de protocollen 1, 2, 3 en 4, de slotakte, ondertekend te Brussel op 24 november 1997 (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

Enig artikel. De Euro-Mediterrane Overeenkomst waarbij een Associatie tot stand wordt gebracht tussen de Europese Gemeenschappen en hun Lidstaten, enerzijds, en het Hasjemitisch Koninkrijk Jordanië, anderzijds, de bijlagen I, II, III, IV, V, VI en VII, de protocollen 1, 2, 3 en 4, de slotakte, ondertekend te Brussel op 24 november 1997 zullen volkomen uitwerking hebben.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 22 februari 1999.

J. MARAITE

Minister-President,

Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme

K.-H. LAMBERTZ

Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden

W. SCHRÖDER

Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek en Monumenten en Landschappen

 Nota
(1) *Zitting 1998-1999.**Bescheiden van de Raad.* — 134 (1998-1999) Nr. 1. Ontwerp van decreet.*Integraal verslag.* — Bespreking en aanneming. Vergadering van 22 februari 1999.

D. 99 — 2596

[C - 99/33027]

14. JANUAR 1999. — Erlass der Regierung zwecks Festlegung der Kriterien zur Verteilung des Sonderfonds für Sozialhilfe unter die Öffentlichen Sozialhilfezentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993 und vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die Öffentlichen Sozialhilfezentren, insbesondere des Artikels 105, abgeändert durch das Gesetz 31. Dezember 1983;

In Erwägung des Geschäftsführungsvertrages bezüglich des Zentrums für sozial-pädagogische Kinder und Jugendbetreuung vom 5. Februar 1998.

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 14. Januar 1999;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Finanzinspektors vom 14. Januar 1999;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989 und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß vorliegender Erlaß die Kriterien zur Verteilung des Sonderfonds für Sozialhilfe unter die Öffentlichen Sozialhilfezentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft auch für das Jahr 1998 festlegt, duldet das Inkrafttreten dieses Erlasses keinen Aufschub mehr;

Auf Vorschlag des Ministers für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,

Beschließt:

Artikel 1 - Vorliegender Erlaß regelt für das Jahr 1998 bezogen auf das Tätigkeitsjahr 1997 und die darauffolgenden Jahre die Verteilung des Sonderfonds für Sozialhilfe unter den Öffentlichen Sozialhilfezentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 2 - Das ÖSHZ Eupen erhält für die Betreuung des Zentrums für sozial-pädagogische Kinder- und Jugendbetreuung einen feststehenden Betrag aus dem Sonderfonds in Höhe von 2,5 Millionen Franken.

Art. 3 - Ein Betrag des Sonderfonds in Höhe von 3 Millionen Franken wird jährlich für die den ÖSHZ im Rahmen der Artikel 60 § 7 und 61 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die Öffentlichen Sozialhilfezentren entstandenen annehmbaren Kosten zugeteilt.

Im Rahmen von Artikel 60 § 7 gelten als annehmbar, alle Kosten abzüglich der Arbeitgeberlasten und Beihilfen, die das ÖSHZ für die durchgeführten Maßnahmen seitens der Öffentlichen Hand beanspruchen kann.

Im Rahmen von Artikel 61 gelten als annehmbar, alle Kosten abzüglich der Beihilfen, die das ÖSHZ für die durchgeführten Maßnahmen seitens der öffentlichen Hand beanspruchen kann.

Sollte der in Absatz 1 festgelegte Betrag höher sein als die gesamten annehmbaren Kosten, wird der Restbetrag gemäß den in Artikel 4 festgelegten Kriterien zugeteilt.

Art. 4 - Nach Anwendung der Artikel 2 und 3 wird der Restbetrag des Sonderfonds den ÖSHZ gemäß nachfolgenden Kriterien zugeteilt:

1. 3 % aufgrund der Anzahl Sozialarbeiter, die am 31. Dezember eines jeden Tätigkeitsjahres, vollzeitig oder teilzeitig beschäftigt waren;

2. 27 % aufgrund der für eines jeden Tätigkeitsjahres entstandenen Nettolasten für die Gewährung des gesetzlichen Existenzminimums sowie jeglicher Sozialhilfe, die nicht in den folgenden 3. bis 10. berücksichtigt sind;

3. 3 % aufgrund der am 31. Dezember eines jeden Tätigkeitsjahres anerkannten Notaufnahmewohnungen, die sich auf dem Gebiet der Gemeinde befinden oder deren Bewohner unter einer Bezugsadresse beim jeweiligen ÖSHZ eingetragen sind.

4. 30 % aufgrund der dem ÖSHZ eines jeden Tätigkeitsjahres entstandenen Unkosten durch die Betreuung von Altenheim- und Altenpflegebetten in eigener Trägerschaft oder durch eine interkommunale Gesellschaft, der das ÖSHZ angeschlossen ist;

5. 10 % aufgrund der durch die Unterbringung von Betagten entstandenen Nettokosten eines jeden Tätigkeitsjahres ausschließlich der in 4. erwähnten Unkosten;

6. 2 % aufgrund der eines jeden Tätigkeitsjahres durch die Betreuung eines Mahlzeitendienstes entstandenen Nettokosten;

7. 4 % aufgrund der Anzahl Stunden, die von einem Dienst für Familien- und Seniorenhilfe eines jeden Tätigkeitsjahres geleistet wurden, entweder durch den eigenen Dienst des Öffentlichen Sozialhilfezentrums oder durch öffentliche oder private Dienste, mit denen das Öffentliche Sozialhilfezentrum eine schriftliche Vereinbarung getroffen hat;

8. 4 % aufgrund der Unkosten, die dem ÖSHZ entstanden sind durch die eines jeden Tätigkeitsjahres von der SOS-Selbsthilfe sowie von anderen Hilfsdiensten verrichteten Arbeitsstunden, für die das ÖSHZ aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung eine Unkostenbeteiligung vorsieht;

9. 4 % aufgrund der Anzahl anerkannter politischer Flüchtlinge sowie Asylbewerber und deren Haushaltszusammensetzung, die im Laufe eines Tätigkeitsjahres eine Unterstützung durch das ÖSHZ erhalten haben, die dem Existenzminimum gleichkommt.

10. 13 % aufgrund der durch das ÖSHZ und der Gemeinde gemeinsam genutzten Punkte im Rahmen der bezuschußten Vertragsbediensteten, nachstehend "B.V.B.-Punkte" genannt, insofern der Nutzungsgrad der B.V.B.-Punkte beider Behörden gemeinsam mindestens 80% im betreffenden Tätigkeitsjahr beträgt.

B.V.B.-Punkte, die einer Interkommunale übertragen wurden, werden nur berücksichtigt, insofern diese Interkommunale für das betreffende Tätigkeitsjahr mindestens 80% ihrer B.V.B.-Punkte nutzt.

Zur Errechnung des Nutzungsgrades der B.V.B.-Punkte gilt die Inanspruchnahme der, für das betreffende Tätigkeitsjahr gewährten Punkte aufgrund des Erlasses der Wallonischen Region vom 13. Juni 1991 zur Bestimmung der Kriterien für die Verteilung der Zuschüsse, die den lokalen Behörden, die Vertragspersonal beschäftigen, gewährt werden.

Art. 5 - Voraussetzung zur Vergabe der dem Sonderfonds zur Verfügung stehenden Mittel ist die vorherige Übermittlung an das zuständige Ministerium

- des Haushaltsplanes des jeweiligen Öffentlichen Sozialhilfezentrums für das laufende Jahr.

- der genehmigten Rechnungsablage des Öffentlichen Sozialhilfezentrums des letzten Jahres.

- eines im Artikel 88, § 1 des Grundgesetzes vom 8. Juli 1976 über die Öffentlichen Sozialhilfezentren vorgesehenen allgemeinen Richtlinienplanes.

- die korrekt ausgefüllten Fragebögen bezüglich Erhebung der Empfänger des Existenzminimums des jeweiligen Öffentlichen Sozialhilfezentrums - gemäß dem vorab festgelegten Referenzdatum des entsprechenden Jahres.

- in Anwendung von Artikel 3 eine detaillierte Lohnkostenaufstellung ausschließlich der Arbeitgeberlasten der im Rahmen von Artikel 60 § 7 beschäftigten Personen.

Aus dieser Lohnkostenaufstellung müssen die gezahlten Bruttolöhne sowie die von der Öffentlichen Hand gezahlten Beihilfen ersichtlich sein.

Art. 6 - § 1. Unbeschadet der im Jahre 1998 zugunsten der Öffentlichen Sozialhilfezentren bereits angewiesenen Vorschußzahlungen wird dem Öffentlichen Sozialhilfezentrum monatlich eine Vorschußzahlung in Höhe von 70% des Vorjahresbetrages ausgezahlt.

Der Restbetrag wird nach Einreichen der im vorliegenden Erlaß erwähnten und vom Ministerium im Rahmen des Sonderfonds angeforderten Unterlagen errechnet und den Öffentlichen Sozialhilfezentren ausgezahlt. Sollten die Vorschußzahlungen für ein Öffentliches Sozialhilfezentrum den ihm zustehenden Betrag überstiegen haben, überweist das betroffene Öffentliche Sozialhilfezentrum die Differenz den anderen Öffentlichen Sozialhilfezentren, gemäß den Anweisungen des zuständigen Ministers.

§ 2. Wenn nach der Verteilung festgestellt wird, daß ein Fehler zu Ungunsten eines ÖSHZ unterlaufen ist, wird ihm dieser Fehlbetrag bei der entsprechenden Verteilung im darauffolgenden Jahr zugeteilt.

Dieser Fehlbetrag wird gemäß der Grundlage der Verteilung, bei der der Fehler unterlaufen ist, errechnet.

Wenn ein Fehler zugunsten eines ÖSHZ unterlaufen ist, wird ihm dieser Überschuß bei der entsprechenden Verteilung im darauffolgenden Jahr in Abzug gebracht. Dieser Überschuß wird gemäß der Grundlage der Verteilung, bei der der Fehler unterlaufen ist, errechnet.

Art. 7 - Der vorliegende Erlaß tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 8 - Der Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 14. Januar 1999

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident,

Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus,

J. MARAITE

Der Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,

K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

F. 99 — 2596

[S - C - 99/33027]

**14 JANVIER 1999. — Arrêté du Gouvernement
portant fixation des critères de répartition du fonds spécial d'aide sociale
entre les centres publics d'aide sociale de la Communauté germanophone**

Le Gouvernement de la Communauté Germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 5 mai 1993 et 16 juillet 1993;

Vu la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'aide sociale, notamment l'article 105, modifié par la loi du 31 décembre 1983;

Vu le contrat de gestion relatif au Centre pour l'encadrement socio-pédagogique des enfants et des jeunes, établi le 5 février 1998;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 14 janvier 1999;

Vu l'avis favorable de l'Inspecteur des finances, donné le 14 janvier 1999;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, modifié par les lois des 9 août 1980, 16 juin 1989 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant que l'entrée en vigueur du présent arrêté ne souffre plus aucun délai, étant donné qu'il fixe également les critères de répartition du Fonds spécial d'aide sociale entre les centres publics d'aide sociale de la Communauté germanophone pour l'année 1998;

Sur la proposition du Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales,

Arrête :

Article 1^{er}. Le présent arrêté règle pour l'année 1998 (activités 1997) et les années suivantes la répartition de la part du Fonds spécial d'aide sociale revenant aux centres publics d'aide sociale de la Communauté germanophone.

Art. 2. Pour gérer le Centre pour l'encadrement socio-pédagogique des enfants et des jeunes, le Centre Public d'Aide sociale d'Eupen reçoit du Fonds spécial un montant fixe de 2,5 millions de francs.

Art. 3. La part du Fonds spécial d'aide sociale attribuée annuellement aux centres publics d'aide sociale afin de couvrir les frais admissibles résultant de l'application des articles 60, § 7 et 61 de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'aide sociale s'élève à 3 000 000 francs.

Dans le cadre de l'article 60, § 7 sont considérés comme admissibles tous les frais, déduction faite des charges patronales et des interventions que le centre public d'aide sociale peut demander aux pouvoirs publics pour les mesures exécutées.

Dans le cadre de l'article 61 sont considérés comme admissibles tous les frais, déduction faite des interventions que le centre public d'aide sociale peut demander aux pouvoirs publics pour les mesures exécutées.

Si le montant fixé à l'alinéa 1 devait être supérieur à l'ensemble des frais admissibles, l'excédent serait réparti conformément aux critères fixés à l'article 4.

Art. 4. Après application des articles 2 et 3, l'excédent du Fonds spécial sera réparti entre les centres publics d'aide sociale conformément aux critères suivants :

1° 3 % sur la base du nombre de travailleurs sociaux en service, soit à temps plein soit à temps partiel, au 31 décembre de l'année d'activité;

2° 27 % sur la base des charges nettes supportées pour l'année par suite du paiement du minimum de moyens d'existence légal ou de toute aide sociale et non reprises aux points 3° à 10°;

3° 3 % sur la base des habitations destinées à l'accueil d'urgence agréées au 31 décembre de l'année d'activité, qui se situent sur le territoire de la commune ou dont les habitants sont inscrits en adresse de référence auprès du CPAS;

4° 30 % sur la base des coûts supportés par le CPAS au cours de l'année d'activité pour l'exploitation de lits dans des maisons de repos et de soins en régie propre ou par le biais d'une intercommunale à laquelle est affilié le CPAS;

5° 10 % sur la base des charges nettes résultant du placement de personnes âgées au cours de l'année d'activité à l'exception des coûts repris au point 4°;

6° 2 % sur la base des charges nettes résultant de l'exploitation au cours de l'année d'activité d'un service de repas chauds;

7° 4 % sur la base du nombre d'heures prestées au cours de l'année d'activité par un service d'aide aux familles et aux personnes âgées, soit par le service propre du CPAS soit par un service public ou privé avec lequel le CPAS a conclu une convention écrite;

8° 4 % sur la base des coûts supportés par le CPAS et résultant des heures prestées au cours de l'année d'activité par le service "SOS-Selbsthilfe" ou par d'autres services d'aide, heures pour lesquelles le CPAS prévoit une participation aux frais conformément à une convention;

9° 4 % sur la base du nombre de réfugiés politiques reconnus et de demandeurs d'asile qui, au cours de l'année d'activité, ont reçu une intervention du CPAS correspondant au minime, et de la composition de leurs ménages,

10° 13 % sur la base des points utilisés conjointement par le CPAS et la commune dans le cadre des ACS, dénommés ci-après "points ACS", pour autant que le pourcentage de points ACS utilisés conjointement par les deux autorités représente au moins 80 % au cours de l'année d'activité concernée.

Les points transférés à une intercommunale ne sont pris en considération que si, durant l'année d'activité concernée, elle utilise au moins 80% des points lui attribués.

Pour calculer le pourcentage de points ACS, est prise en considération l'utilisation des points attribués pour l'année d'activité concernée en vertu de l'arrêté de la Région wallonne du 13 juin 1991 déterminant les critères de répartition des subventions accordées aux pouvoirs locaux occupant des agents contractuels.

Art. 5. La distribution des moyens mis à la disposition du Fonds spécial est subordonnée à la transmission, au Ministère compétent,

- du budget des différents CPAS pour l'exercice en cours;
- des comptes approuvés des CPAS pour l'année précédente;
- d'une note de politique générale prévue à l'article 88, § 1er, de la loi du 8 juillet 1976 organique des CPAS.
- des questionnaires, correctement remplis, relatifs au recensement des bénéficiaires du minime pour les différents CPAS, la date de référence pour l'année correspondante étant fixée au préalable.
- en application de l'article 3, un état détaillé des coûts salariaux, à l'exception des charges patronales relatives aux personnes occupées conformément à l'article 60, § 7.

Cet état doit faire apparaître clairement les salaires bruts payés ainsi que les aides payées par les pouvoirs publics.

Art. 6. § 1er. Sans préjudice des avances déjà consenties au cours de l'année 1998 en faveur des CPAS, ceux-ci reçoivent une avance mensuelle équivalant à 70 % du montant versé l'année précédente.

Le solde est calculé après réception des documents mentionnés dans le présent arrêté et réclamés par le Ministère dans le cadre du Fonds spécial, et versé au CPAS. Si les avances consenties à un CPAS devaient dépasser le montant qui lui a été accordé, le CPAS concerné verse la différence aux autres CPAS, conformément aux instructions du Ministère compétent.

§ 2. Si après répartition, il est constaté qu'une erreur a été commise au détriment d'un CPAS, la somme dont celui-ci a été privé lui est allouée l'année suivante à l'occasion de la répartition correspondante.

Cette somme est calculée suivant les bases de la répartition au cours de laquelle l'erreur a été commise.

Si une erreur a été commise en faveur d'un CPAS, cet excédent sera déduit l'année suivante à l'occasion de la répartition correspondante.

Cet excédent est calculé suivant les bases de la répartition au cours de laquelle l'erreur a été commise.

Art. 7. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 8. Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 14 janvier 1999.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Finances,
des Relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme,
J. MARAITE

Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales,
K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

N. 99 — 2596

[S — C — 99/33027]

14 JANUARI 1999. — Besluit van de Regering houdende vaststelling van de criteria voor de verdeling van het bijzonder fonds voor maatschappelijk welzijn onder de openbare centra voor maatschappelijk welzijn van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 5 mei 1993 en 16 juli 1993;

Gelet op de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, inzonderheid op artikel 105, gewijzigd bij de wet van 31 december 1983;

Gelet op het beheersverdrag betreffende het Centrum voor de socio-pedagogische begeleiding van kinderen en jongeren, opgesteld op 5 februari 1998;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 14 januari 1999;

Gelet op het gunstig advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 14 januari 1999;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 16 juni 1989 en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de inwerkingtreding van dit besluit geen uitstel lijdt daar het de criteria voor de verdeling van het bijzonder Fonds voor maatschappelijk welzijn onder de OCMW's van de Duitstalige Gemeenschap ook voor het jaar 1998 vastlegt;

Op de voordracht van de Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden,

Besluit :

Artikel 1. Dit besluit regelt voor 1998 (activiteiten 1997) en de volgende jaren de verdeling van het gedeelte van het Bijzonder Fonds voor maatschappelijk welzijn dat aan de openbare centra voor maatschappelijk welzijn van de Duitstalige Gemeenschap toekomt.

Art. 2. Het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn van Eupen krijgt van het Bijzonder Fonds een vast bedrag van 2,5 miljoen voor het bestuur van het centrum voor de socio-pedagogische begeleiding van kinderen en jongeren.

Art. 3. Het gedeelte van het Bijzonder Fonds voor maatschappelijk welzijn dat jaarlijks aan de openbare centra voor maatschappelijk welzijn toegekend wordt om de kosten te dekken die voortvloeien uit de toepassing van artikelen 60, § 7 en 61 van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn belooft 3 000 000 frank.

In het kader van artikel 60, § 7 worden als aanneembare kosten beschouwd alle kosten na aftrek van de werkgeverlasten en van de tegemoetkomingen waarop de openbare centra voor maatschappelijk welzijn bij de openbare overheden aanspraak kunnen maken voor de uitgevoerde maatregelen.

In het kader van artikel 61 worden als aanneembare kosten beschouwd alle kosten na aftrek van de tegemoetkomingen waarop de openbare centra voor maatschappelijk welzijn bij de openbare overheden aanspraak kunnen maken voor de uitgevoerde maatregelen.

Ligt het bedrag vermeld in het eerste lid hoger dan alle aanneembare, samengetelde kosten, dan zal het overschot verdeeld worden volgens de in artikel 4 bepaalde criteria.

Art. 4. Na toepassing van de artikelen 2 en 3 wordt het saldo van het Bijzonder Fonds als volgt verdeeld onder de openbare centra voor maatschappelijk welzijn :

1° 3 % op basis van het aantal maatschappelijke werkers die op 31 december van het dienstjaar een volledige of een deeltijdbaan hadden;

2° 27 % op basis van de netto-uitgaven ontstaan in de loop van het dienstjaar tengevolge van de uitbetaling van het wettelijk bestaansminimum of van elke andere sociale hulpverlening, en niet vermeld onder de punten 3° tot 10°;

3° 3 % op basis van de noodopvangwoningen erkend op 31 december van het dienstjaar die zich op het gebied van de gemeente bevinden en waarvan de bewoners op een referentieadres bij het OCMW ingeschreven zijn;

4° 30 % op basis van de kosten die in de loop van het dienstjaar door het OCMW gedragen werden voor de uitbating van bedden in rust- en verzorgingstehuizen, hetzij in eigen regie, hetzij door tussenkomst van een intercommunale waarbij het OCMW aangesloten is;

5° 10 % op basis van de netto-uitgaven ontstaan in de loop van het dienstjaar tengevolge van de plaatsing van bejaarden, met uitzondering van de onder punt 4° bedoelde kosten;

6° 2 % op basis van de netto-uitgaven ontstaan in de loop van het dienstjaar tengevolge van de uitbating van een dienst voor warme maaltijden;

7° 4 % op basis van het aantal uren die in de loop van het dienstjaar gepresteerd werden door een dienst voor gezins- en bejaardenhulp, hetzij door de eigen dienst van het OCMW, hetzij door een openbare of een privé-dienst waarmee het OCMW een schriftelijke overeenkomst heeft gesloten;

8° 4 % op basis van de door het OCMW gedragen kosten die voortvloeien uit de uren die in de loop van het dienstjaar door de dienst "SOS-Selbsthilfe" of door andere hulpdiensten gepresteerd werden en waarvoor het OCMW krachtens een overeenkomst in een kostenbijdrage voorziet;

9° 4 % op basis van het aantal erkende politieke vluchtelingen en asielzoekers die in het dienstjaar een met het bestaansminimum overeenstemmende tegemoetkoming van het OCMW hebben gekregen, en van de samenstelling van hun gezinnen;

10° 13 % op basis van de punten voor gesubsidieerde contractuelen waarvan de gemeenten en centra voor maatschappelijk welzijn in het kader van de gesubsidieerde contractuelen samen gebruik maken, voor zover het door beide overheden samen gebruikte percentage in de loop van het betrokken dienstjaar ten minste 80% bedraagt.

Punten die een intercommunale overgedragen worden, komen slechts in aanmerking, als de intercommunale ten minste 80 % van de haar toegekende punten gebruikt.

Om het gebruikte percentage te berekenen wordt het gebruik van de punten in aanmerking genomen die voor het betrokken dienstjaar toegekend zijn krachtens het besluit van het Waalse Gewest van 13 juni 1991 tot bepaling van de verdelingsmaatstaven van de toelagen die toegekend zijn aan de plaatselijke besturen waar contractuelen tewerkgesteld zijn.

Art. 5. De verdeling van de middelen die ter beschikking van het Bijzonder Fonds gesteld worden is onderworpen aan het indienen, bij het bevoegde Ministerie, van :

- de begroting van de verschillende OCMW's voor het lopende begrotingsjaar;
- de goedgekeurde rekeningen van de OCMW's voor het voorafgaande jaar;
- een algemene beleidsnota, zoals bedoeld in artikel 88, § 1 van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de OCMW's;
- de correct ingevulde vragenlijsten over de telling van de ontvangers van het bestaansminimum voor de verschillende OCMW's, waarbij de teldatum voor het desbetreffende jaar vooraf vastgelegd is;
- met toepassing van artikel 3, een gedetailleerde lijst met de loonkosten, met uitzondering van de werkgeverlasten m.b.t. de personen tewerkgesteld overeenkomstig artikel 60, § 7.

De lijst moet de uitbetaalde brutolonen en de door de openbare overheden uitbetaalde tegemoetkomingen duidelijk vermelden.

Art. 6. § 1. Onverminderd de in de loop van het jaar 1998 ten gunste van de OCMW uitbetaalde voorschotten, krijgen deze een maandelijks voorschot overeenstemmend met 70 % van het bedrag dat het voorafgaande jaar uitbetaald is.

Na ontvangst van de in dit besluit vermelde en door het Ministerie in het kader van het Bijzonder Fonds vereiste documenten wordt het saldo berekend en aan de OCMW's uitbetaald. Indien de voorschotten voor een OCMW het hem toegekende bedrag overschrijden, overschrijft het OCMW het verschil aan de andere OCMW's, overeenkomstig de aanwijzingen van de bevoegde Minister.

§ 2 - Wordt na de verdeling vastgesteld dat een vergissing werd begaan ten nadele van een OCMW, dan wordt de ontbrekende som aan dit centrum toegekend bij de overeenkomstige verdeling van het daaropvolgend jaar.

Die som wordt berekend volgens de grondslagen van de verdeling waarbij de vergissing werd begaan.

Indien een vergissing ten voordele van een OCMW begaan werd, dan wordt dit overschot afgetrokken bij de overeenkomstige verdeling van het daaropvolgende jaar.

Dit overschot wordt berekend volgens de grondslagen van de verdeling waarbij de vergissing werd begaan.

Art. 7. Dit besluit treedt in werking op de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 8. De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 14 januari 1999.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Financiën,
Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,
J. MARAITE

De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden
K.-H. LAMBERTZ

REGION DE BRUXELLES-CAPITALE — BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

MINISTERE
DE LA REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

F. 99 — 2597 [99/31263]

26 NOVEMBRE 1998. — Arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale fixant le cadre organique du Centre d'Informatique pour la Région bruxelloise

Le Gouvernement de la région de Bruxelles-Capitale,

Vu la loi spéciale du 12 janvier 1989 relative aux institutions bruxelloise;

Vu l'arrêté royal du 26 septembre 1994 fixant les principes généraux du statut administratif et pécuniaire des agents de l'Etat applicables au personnel des services des Gouvernements de Communauté et de

MINISTERIE
VAN HET BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

N. 99 — 2597 [99/31263]

26 NOVEMBER 1998. — Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering tot vaststelling van de personeelsformatie van het Centrum voor Informatica voor het Brusselse Gewest

De Brusselse Hoofdstedelijke Regering;

Gelet op de bijzondere wet van 12 januari 1989 met betrekking tot Brusselse instellingen;

Gelet op het koninklijk besluit van 26 september 1994 tot bepaling van de algemene principes van het administratief en geldelijk statuut van de rijksambtenaren die van toepassing zijn op het personeel van de